

DIE RHEINPFALZ

Montag, 25. Mai 2009 | Jahrgang 65 | Nr. 119

Ludwigshafener Rundschau

D 5898 | Einzelpreis € 1,35

SPORT AM MONTAG

FSV Mainz 05 steigt auf
FC Köln verliert in Freiburg 3:4



Das war souverän: Der FSV Mainz 05 ließ gestern nie Zweifel am Aufstieg in die Fußball-Bundesliga aufkommen, schlug RW Oberhausen mit 4:0. Unser Bild zeigt Trainer Jörn Andersen (links) und Präsident Harald Strutz nach der Bierdusche. Der 1. FC Kaiserslautern unterlag bei Zweitligameister SC Freiburg mit 3:4. FOTO: KUNZ

Armin Veh beerbt Felix Magath

WOLFSBURG (zkk). Nach der feuchten Meisterschaft die nüchtere Zukunftsplanung: Armin Veh übernimmt beim VfL Wolfsburg wie erwartet das Traineramt von Felix Magath.

Button siegt, Vettel draußen

MONTE CARLO (sid). Das Brawn-Team dominiert die Formel 1 weiter: Gestern gewann Jenson Button in Monte Carlo vor Rubens Barrichello. Sebastian Vettel fiel früh aus.

Kiel legt im ersten Finale vor

KIEL (sid). 39:34 gewann der THW Kiel gestern das Final-Hinspiel in der Handball-Champions-League gegen Cuidad Real.

HEUTE

Flüchtlinge hinter Stacheldraht

Nach dem Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka sind Hunderttausende Familien in Flüchtlingslagern gesperrt. Hilfsorganisationen ist der Zugang bisher untersagt. POLITIK

Bei Sparlampen auf Qualität achten

Umweltbundesamt und Öko-Institut sind sich einig: Hochwertige Energiesparlampen leben länger und verbrauchen weniger als Glühlampen. WIRTSCHAFT UND RATGEBER GELD

Zuschauer lesen Schiller

Publikumsbeteiligung bei Martin Nimz' Schiller-Inszenierung: Der Heidelberger Regisseur ließ die Zuschauer Teile der Textvorlage selbst lesen. KULTUR

Goldzahn der Großmutter



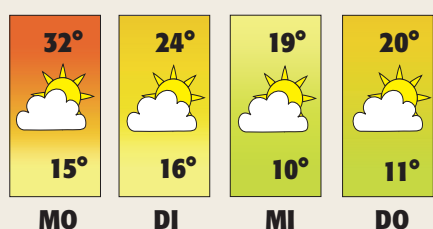
Rezession macht erfindereich: In Großbritannien macht sich ein neuer Trend breit. Bei einer „Gold-Party“ machen Mitwirkende überflüssigen Schmuck oder auch das Zahngold der Ahnen zu Bargeld. ZEITGESCHEHEN

Weniger Frauen in Gemeinderäten?

Seit den Kommunalwahlen 1994 stagniert die Zahl der Frauen in kommunalen Parlamenten. Nach den Wahlen vom 7. Juni könnten es sogar weniger werden. Eine Kampagne soll gegensteuern helfen. SÜDWEST

WETTER

Heute: Es wird schwül-heiß bis 32 Grad



RHEINPFALZ ONLINE

www.rheinpfalz.de



Schwarz-Gelb: Köhlers Wahl Signal für Regierungswechsel

Union und FDP werten ihre Geschlossenheit bei der Wiederwahl von Bundespräsident Köhler als Signal für einen Regierungswechsel im Herbst. Die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung erreichte Köhler allerdings nur mit Hilfe der Grünen.



Der Präsident ist wiedergewählt, die Bürger feiern: 750.000 strömten am Samstag auf die Festmeile am Brandenburger Tor. Bundespräsident Köhler will sich künftig für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen. FOTO: AP

BERLIN (afp/ap). Das Ergebnis sei „sicherlich eine Entscheidung auch in Richtung zukünftiger Bündnisse“, sagte Bundeskanzlerin Merkel nach der Abstimmung, sprach aber anders als FDP-Chef Westerwelle und der CSU-Vorsitzende Seehofer nicht von einem unmittelbaren politischen Signal. Köhler wurde am Samstag von der Bundesversammlung mit der denkbar knappen Mehrheit von 613 Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt. Merkel verwies ausdrücklich darauf, dass die Wiederwahl Köhlers mit der FDP erreicht worden sei. Allerdings habe „jede Wahl ihre eigen-

ne Dynamik“. CSU-Chef Seehofer wertete den Erfolg von Köhler mit Blick auf die Bundestagswahl als „ein klares Signal für das, was wir vorhaben, nämlich Schwarz-Gelb“. Die absolute Mehrheit erreichte Köhler nur mit Hilfe der Grünen. Deren Abgeordnete Silke Stokar bekannte nach der Abstimmung offen, Köhler gewählt zu haben, weil sie „keine Verhandlungen mit der Linkspartei“ gewollt habe. Sie sei sicher, dass auch andere Grüne das gemacht hätten. SPD-Chef Müntefering sagte, die Niederlage der SPD-Kandidatin Gesine Schwan habe „mit der Bundes-

tagswahl nichts zu tun“. Er sei „zu versichtlich“, dass die SPD-Mitglieder in der Bundesversammlung alle Schwan unterstützt hätten. Die SPD-Kandidatin hätte für einen Sieg im ersten oder zweiten Wahlgang außer den Stimmen der Grünen auch die der Linken sowie von Abweichlern des konservativen Lagers gebraucht. Köhler selbst lehnte es strikt ab, seine Wiederwahl als politische Richtungsentscheidung zu werten. „In meiner Wahrnehmung als Bundespräsident sieht man sich nicht als Teil einer Regierungs-Konstellation oder -Koalition“, sagte der Bun-

despräsident im ZDF. Köhler will sich in den kommenden fünf Jahren für mehr Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen einsetzen. „Demokratie, das sind wir alle“, gab der 66-Jährige als Devise für seine zweite Amtszeit aus. Auf breite Ablehnung stieß er mit seinem Vorstoß für eine Direktwahl des Staatsoberhauptes. Seine Forderung nach Volksentscheiden in Sachfragen wurde dagegen von CSU, SPD, Grünen und FDP mit viel Sympathie aufgenommen – nur die CDU argumentierte dagegen. LEITARTIKEL SEITE 2 SEITE 3

Managergehälter: BDI gesprächsbereit

BERLIN (afp). Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist trotz Kritik an einzelnen Vorschlägen der Koalition zu Änderungen an den Regeln für Managergehälter bereit. „Wir sind überzeugt, dass die Krise nicht einfach ein Betriebsunfall war und dass es nach der Krise keineswegs exakt so weitergehen darf wie vor der Krise“, sagte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel der „Financial Times Deutschland“. Er sei überzeugt, „dass wir in Deutschland in Kürze eine vernünftige Lösung mit angemessenen Regeln finden werden“. Der BDI nimmt damit eine kompromissbereitere Haltung ein als Aufsichtsratschefs führender Unternehmen, die in einem Brief an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Fraktionschefs der Koalition mehrere der geplanten Neuregelungen abgelehnt hatten.

Appell zu Solidarität in der Krise

100 000 Menschen bei Schlussgottesdienst des Evangelischen Kirchentages

BREMEN (ap/epd). Mit dem Appell, die gegenwärtige Krise für einen tatsächlichen Neuanfang zu nutzen, ist gestern der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag in Bremen zu Ende gegangen.

Kirchentagspräsidentin Karin von Welck ermutigte beim Abschlussgottesdienst die 100.000 Gläubigen, zuzuhören, nachzudenken und ihre Erkenntnisse unaufgeregt, aber beharrlich umzusetzen. Damit erreiche man mehr als jemand, der lautstark nach schnellen Veränderungen rufe. „Lasst uns Verantwortung für die Zukunft unserer Welt übernehmen.“ Gerade in Zeiten der Krise liege es an den Christen selbst, die Stunde Null zu einem tatsächlichen Neuanfang zu machen. Zugleich trat von Welck Vorwürfen

entgegen, das Laientreffen habe an Biss verloren. „Wer sagt, der Kirchentag sei zu zahm geworden, der verkennet, dass die komplexen Probleme unserer Zeit nicht durch plakative Antworten gelöst werden können“, sagte die Hamburger Kultursenatorin. Die Veranstaltung mit 100.000 Dauerteilnehmern sei ein bestärkendes, begeisterndes Glaubensfest gewesen, habe aber auch dem Selbstverständnis des Kirchentages als protestantische Bürgerbewegung alle Ehre gemacht. Schon am Samstag hatten die Macher ein positives Fazit gezogen. Das Laientreffen habe gezeigt, dass es unter den Teilnehmern eine große Bereitschaft gebe, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, sagte von Welck. Mit Blick auf den zweiten Ökume-

nischen Kirchentag 2010 in München warnten Kirchenvertreter vor überzogenen Erwartungen und übereilten Schritten. „Schnellschüsse schaden hier“, sagte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch. Er reagierte damit auf die Forderungen unter anderem des Wittenberger Theologen Friedrich Schorlemmer nach einem gemeinsamen Abendmahl. Der evangelische bayerische Landesbischof Johannes Friedrich warb für eine „Ökumene der kleinen Schritte“. So stehe hinter der umstrittenen katholischen Abendmahlsauffassung in Wirklichkeit die grundsätzliche Frage nach dem Amtsverständnis der katholischen Kirche. „Das kann nicht in München geklärt werden.“ KOMMENTAR SEITE 2

Ein Gesetz? Gern – was darf's denn kosten?

Auch im britischen Oberhaus ging es nicht mit rechten Dingen zu

VON JOCHEN WITTMANN, LONDON

Was ist los mit der „Mutter der Parlamente“? Nicht nur im britischen Unterhaus ist der Wurm drin, nachdem herauskam, dass die Abgeordneten sich allzu freudig aus der Spenkasse bedient hatten. Auch im ehrwürdigen Oberhaus, dem „House of Lords“, ging es nicht mit rechten Dingen zu. Zwei Labour-Peers, Lord Taylor und Lord Truscott, wurden aus der zweiten Kammer ausgeschlossen, was seit 367 Jahren nicht vorgekommen ist.

Die politische Krise in Großbritannien nimmt historische Dimensionen an. Das letzte Mal, als ein Lord suspendiert werden musste, handelte es sich um den Royalisten Thomas Savile, der 1642 Truppen



Augen zu und durch. Die Devise von Premier Gordon Brown lautet: So lange wie möglich durchhalten. FOTO: AFP

gegen das Parlament mobilisieren wollte. Diesmal geht es um viel Profanes: Geld. Lord Taylor und Lord Truscott wurde zum Verhängnis, dass sie gegenüber Undercover-Journalisten von der „Sunday Times“ damit prahlten, gewünschte Gesetzesänderungen auf den Weg bringen zu können – vorausgesetzt das Honorar stimmt. Im Gespräch waren Summen von bis zu 72.000 Pfund (82.000 Euro). Ob es die Selbstbedienungsmentalität der gewählten Volksvertreter ist oder die Korruption der ungewählten Oberhäusler: Von der Ehrenhaftigkeit der Parlamentarier ist nicht viel übrig geblieben. Von der Politikverdrossenheit der Briten auch nicht: Die ist jetzt in direkte Feindschaft gegenüber Politikern

umgeschlagen. Die Lokalpolitiker, die zwecks Stimmenwerbung für die Kommunal- und Europawahlen Anfang Juni von Haus zu Haus gehen, müssen sich nicht wiedergeborene Schimpfwörter anhören. Was ist zu tun? Am liebsten hätten die Briten vorgezogene Neuwahlen. Zwei Drittel sprechen sich dafür in Meinungsumfragen aus. Auch Oppositionsführer David Cameron ist dafür, aber Premierminister Gordon Brown, der allein bestimmen darf, wann vor dem letztmöglichen Termin vom Mai 2010 gewählt wird, wird sich hüten. Labour würde weggewischt werden. Browns Überlebensstrategie: So lange wie möglich durchhalten und auf einen Wirtschaftsaufschwung hoffen.

Opel: Guttenberg schließt Insolvenz nicht aus

BERLIN (rtr/afp). Im Ringen um die Übernahme des Autoherstellers Opel haben Fiat und Magna Nachbesserungen in Aussicht gestellt. In der großen Koalition gibt es offenen Streit über die Möglichkeit einer Insolvenz von Opel.

Wirtschaftsminister zu Guttenberg (CSU) bezeichnete eine „geordnete Insolvenz“ angesichts der hohen Risiken aller drei bisherigen Angebote als die möglicherweise bessere Lösung für den Steuerzahler. „Die Pläne sind nicht so, dass wir genügend Sicherheiten hätten. Da muss noch erheblich nachgebessert werden“, sagte er gestern in Berlin. Fiat habe in seinen nachgereichten Änderungen eine Risikobeteiligung „ange-

Steinmeier: Nicht ständig mit neuen Schreckgespenstern hantieren.

deutet“. Vom Zulieferer Magna erwarte er „noch ganz erhebliche Nachbesserungen“. SPD-Kanzlerkandidat und Außenminister Steinmeier forderte, mit dem „Gerede“ über eine Insolvenz aufzuhören. Es gelte, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten „statt ständig mit neuen Schreckgespenstern zu hantieren“.

Fiat will laut Presseinformationen mögliche Staatsbürgschaften für die Übernahme des angeschlagenen Opel-Konzerns binnen vier Jahren zurückzahlen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf das nachgegebene Übernahmeangebot von Fiat berichtet, verlangt der Konzern jetzt sechs Milliarden Euro Staatsbürgschaften. Dem Konzept zufolge sollen europaweit bis zu 10.000 Stellen bei Opel/Vauxhall gestrichen werden, „davon weniger als 2000 in Deutschland“. Der Standort Kaiserslautern soll nach Vorstellungen in dem Konzept geschlossen werden, die dort angesiedelte Komponentenfertigung allerdings davon verschont bleiben. WIRTSCHAFT

AUS DER PFALZ

Trachtenfest: Rheinland-Pfalz zeigt sich bunt



Mit Esel, eingedenk des Rieslings „Mußbacher Eselshaut“: die Trachtengruppe Mußbach. FOTO: FRANCK

BAD DÜRKHEIM (hld). „Klingendes und tanzendes Rheinland-Pfalz“ – unter diesem Motto stand gestern der große Umzug anlässlich des Landestrachtenfests. Gefeierte und marschiert wurde in Bad Dürkheim, das gleichzeitig sein Stadtfest ausrichtete. 425 Teilnehmer hatte der Trachtenfestumzug mobilisiert. Verteilt waren sie auf 24 Gruppen aus dem ganzen Land, darunter aus der Pfalz Neustadt, Ungstein, Hambach, Mutterstadt, Mußbach, Billigkeim, Haßloch, Höheinöd, Hatzenbühl und Altrip. Für die musikalische Gestaltung sorgten Spielmannszüge und Musikkapellen, wozu auch die Vereine aus Ludwigshafen-Oppau, Ludwigshafen-Oggersheim und Weisenheim am Berg gehörten. Einen besonderen Farbtupfer setzten die Tänzer und Musiker aus der Dürkheimer Partnerregion Burgund.